

Eine klassische Win-win-Situation

Um mehr Ehrlichkeit in der Bildungspolitik zu erreichen, sollte man auch vor unpopulären Maßnahmen nicht zurückschrecken

Die in der letzten Ausgabe dieser Zeitung publizierten Sozialdaten zum Schulerfolg der Kinder und Jugendlichen in Abhängigkeit vom Wohngebiet dürfen nicht unkommentiert bleiben, ja, besser: sollten mit Forderungen an die Politik verknüpft werden (die nachfolgenden Zahlen stammen aus der hlz 5-6/2014, Seite 33 - 37).

Wenn bspw. auf der Veddel 92 Prozent der unter 18-Jährigen einen Migrationshintergrund haben (s. Tabelle 1), kann es mit keinem großen Aufwand verbunden sein, die restlichen teutonischstämmigen Schüler_innen hier herauszuholen. Es ist den in der Mehrheit türkischstämmigen Menschen kaum zuzumuten, mit einer Minderheit zusammen zu leben, die sich hartnäckig sträubt, die türkische Kultur als Leitkultur zu akzeptieren. Auch hat man bisher kaum erlebt, dass die deutschstämmige Restbevölkerung bereit wäre, türkisch zu lernen. Was das bedeutet, davon können viele Migrant_innen ein Lied singen: Der geforderte sprachliche Standard, sei es in der Schule oder auch an den meisten Arbeitsplätzen, führt dazu, dass es nur einer Minderheit von ihnen gelingt, den sozialen Aufstieg zu schaffen.

Um Rückwanderung der deutschstämmigen Bevölkerung auszuschließen, wird man nicht umhin können, eine Mauer um diese Gebiete zu errichten. Nur so kann man dauerhaft einen Schutzraum schaffen, indem die

Herkunftskultur ohne Störung von außen weiterhin gepflegt werden kann.

Auch die Frage nach der Schulstruktur wäre gelöst. In Anlehnung an das Herkunftsland dürfte ein einheitliches Schulsystem, das die Jahrgänge 1 bis 9 erfasst, die angemessene Antwort sein. Kinder und Jugendliche, deren Vorfahren in ihrer überwiegenden Mehrheit noch in agrarischen Strukturen aufgewachsen sind, verfügen eher über praktische Begaubungen. Man sollte sie deshalb nicht mit Wissen überfrachten, das sie in ihrer kulturellen Identität unnötig in Widersprüche geraten lässt.

Auch hochtechnisierte Gesellschaften brauchen Menschen, die für einfache Tätigkeiten geeignet sind. Die bereits vorhandene Einkommens- und Vermögensverteilung und ihre weitere Konzentration lassen ein zunehmendes Sicherheitsinteresse bei den Betroffenen erwarten. Dies sollte auch in der Stadtentwicklung seinen Niederschlag finden. In Anlehnung an Länder wie beispielsweise Brasilien sollte man auch für diese Gebiete (Cluster II: gut situiert) so genannte

Kondominien errichten: städtische Räume, in denen durch moderne Überwachungssysteme den Sicherheitsbedürfnissen der dort lebenden Menschen Rechnung getragen werden kann.

Dass diese Maßnahmen ein Heer von Sicherheitspersonal erfordern, liegt auf der Hand. Die Verkehrssysteme, die notwendig sind, sind bereits vorhanden. Um den in der Sicherheitsbranche tätigen Menschen nach Dienstschluss zu garantieren, dass sie sich nicht unnötig in Stadtgebieten aufhalten müssen, in denen sie mit einem Leben in Berührung geraten, das ihre kulturelle oder gar religiöse Identität in Gefahr bringen könnte, sollte man Zeiten festsetzen, zu denen die Betroffenen in ihren Wohngebieten zurück sein sollten. Um dies zu gewährleisten, böte sich an, eine eigens dafür geschulte Schutztruppe – sinnvoller Weise sollte man sie aus derselben Ethnie rekrutieren – aufzubauen.



Niemand hat die Absicht eine Mauer zu bauen, aber wenn

Wie wichtig, ja human dies ist, zeigt wieder ein Blick in die Statistik. Es wirkt verletzend, wenn Menschen, deren Einkommen im Monat sich um die Tausend Euro bewegt (s. Cluster I: marginalisierte Stadtgebiete), in Straßen wie den Neuen Wall geraten, in denen bereits ein Kleidungsstück das ganze monatliche Budget verzehren würde.

Auch die jetzt noch viel diskutierte Frage nach der Sprache,

In Stadtteilen, die als ‚gut situiert‘ bezeichnet werden, müsste sich schulpolitisch nicht viel ändern, da dort ohnehin bereits das ‚Gymnasium für alle‘ realisiert ist

die an der Schule gesprochen werden sollte, dürfte obsolet sein: Wenn in den Herkunftsfam-

ilien, wie die erwähnte Studie zeigt, ohnehin nur bei einer Minderheit Deutsch gesprochen wird (s. Tabelle 3), sollte man endlich mit der Quälerei des Zweisprachigen aufhören.

Bei einer kulturell und sprachlich homogenen Gruppe sollte man deren Kultur als die Leitkultur achten und akzeptieren. Dazu gehört dann, dass der Unterricht in der jeweiligen Herkunftssprache abgehalten wird. Für die oben erwähnte berufliche Qualifikation genügt für Deutsch ein in Kursform abgehaltenes Programm, das sich weitgehend auf den Imperativ beschränkt. Wir ständen damit auch in unserer geschichtlichen Tradition: Denn wer hätte in den einstmals im Zweiten Weltkrieg besetzten Gebieten von der dortigen Bevölkerung verlangt, Deutsch zu lernen? Auch dort reichten Floskeln wie: „Hier nicht!“, „schneller, schneller!“, „Halt!“, „Nur für...!“ u.v.a.m., um einen reibungslosen Verkehr mit den jeweiligen Ethnien zu ermöglichen. Um eine ungestörte sprachliche Kommunikation zu erreichen, ist die Voraussetzung allerdings, dass dieser Wortschatz nicht nur aktiv (beim Sicherheitspersonal), sondern, um Aufforderungen Folge zu leisten, auch passiv beherrscht werden muss.

In Stadtteilen, die als ‚gut situiert‘ bezeichnet werden (Cluster II), müsste sich schulpolitisch nicht viel ändern, da dort ohnehin bereits das ‚Gymnasium für alle‘ realisiert ist. Bei beispielsweise 86,3 Prozent Kinder, die in Othmarschen das Gymnasium besuchen (s. Tabelle 2), könnten die wenigen übrig Gebliebenen, sollten sie



nicht auf Reformschulen gelandet sein, per Bus in die jetzt im Cluster I (marginalisiert) genannten Gebiete gefahren werden. Und dies allein zu ihrem Vorteil: Zum einen kann man erwarten, dass diese praktisch talentierten Kinder sich unter Ih-resgleichen wohler fühlen, zum anderen wäre damit sichergestellt, dass sie nicht überfordert werden. Dies schüfe die Basis, selbstbewusst in die Zukunft zu blicken. Sie genügten so auch eher den Qualifikationsanforderungen der sie erwartenden Jobs und entgingen dem Risiko, beschämt zu werden.

Der einzige Einwand, mit dem man angesichts der geforderten Umstrukturierungspläne rechnen müsste, wäre der Vorwurf der Eliten, man wolle durch diese Maßnahmen die Einheitsschule „durch die Hintertür“ einführen. Angesichts der Fülle an Vorteilen, die mit diesem Modell verbunden wären, dürfte der Chor der Kritiker allerdings bald verstummen.

Dass die Politik die Zeichen der Zeit richtig erkannt hat, konnte die aufmerksame Zeitungsleser_in letzte Woche erfahren: Die Abschaffung von Türkisch als Studienfach in der Lehrer_innenausbildung an der Hamburger Universität setzt ein deutliches Zeichen.

JOACHIM GEFFERS



es nicht anders geht...